



Polen auf West-Berliner Krempelmarkt

Sondergruppe Vopo

Die seit längerem zu Schwarzmarktgeschäften nach West-Berlin strömenden Polen bringen auch die DDR-Behörden in Schwierigkeiten. Polen ziehen in großem Maßstab Schieber- und Devisenschmuggelringe auf, welche die DDR im Transit durchqueren und illegale Geschäfte im Land betreiben. In Ost-Berlin wurde bereits eine Sondergruppe der Volkspolizei für Delikte polnischer Bürger gebildet. Sicherheitsexperten der SED fürchten, daß organisierte Kriminelle aus dem Osten die DDR zur Zwischenstation für den Rauschgift- und Waffenhandel ausbauen. Außer mit den Polen haben die DDR-Behörden auch zunehmend mit Kriminellen aus Jugoslawien und Ungarn zu tun. Vor kurzem wurde der Ost-Berliner Diplomatenshop für jugoslawische Handelsvertreter gesperrt, weil die Vopo sie verdächtigt, mit dort billig eingekauften Zigaretten und alkoholischen Getränken einen Schmuggel nach West-Berlin zu betreiben.

Bonner Kontaktsperre

Außenminister Hans-Dietrich Genscher blockt Kontakte der Bundesregierung zu PLO-Chef Jassir Arafat ab. Seinem Staatsminister Helmut Schäfer untersagte er, die von der PLO-Spitze gewünschten Kontakte zu Bonner Regierungsmitgliedern fortzusetzen. Schäfer hatte sich im Juli 1987 ohne Absprache mit dem Außenminister mit dem Palästinenser-Chef am Rande der Feiern zum 25. Jahrestag der algerischen Unabhängigkeit in Algier getroffen. Danach gab es offizielle Bonner Kontakte zur PLO nur auf Arbeitsebene. Während Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand vo-

rige Woche ein Treffen mit Arafat in Paris ankündigte, heißt es in Genschers Ministerium, Bonn unterstütze alle Schritte in der Nahostpolitik der EG. Allerdings gibt es auf hoher Ebene im Auswärtigen Amt unterschiedliche Meinungen zu der von Genscher verhängten Kontaktsperre zu Arafat: Der Minister, so heißt es, nehme Rücksicht auf Bedenken Israels und des Zentralrats der Juden in Deutschland, die Kontakte zu den Palästinensern ebenso zu vertiefen wie andere EG-Staaten. Gemessen daran sei es merkwürdig, daß

Verteidigungsminister Rupert Scholz nächste Woche seinen israelischen Amtskollegen Jizchak Rabin aufsuche, einen der Hauptverantwortlichen für die Übergriffe der israelischen Armee gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Neue Taktik

Das Bonner Arbeitsministerium steuert mit seiner Ansicht, daß Kinder gutverdienender Eltern keinen vollen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe (Alhi) haben, auf eine teure Niederlage zu. Die

Sozialgerichte haben bisher eine Verordnung des Ministeriums, nach der die Erwerbslosen von den Arbeitsämtern auf einen möglichen Unterhaltsanspruch gegen ihre Eltern verwiesen werden sollen, nicht anerkannt. Richter in Hamburg, Bremen und Hannover haben unabhängig voneinander entschieden, daß Änderungen des Rechts in dieser Form nicht zulässig sind. In den Verfahren wurde die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in jedem Fall zur Zahlung des vollen Alhi-Satzes verurteilt. Außerdem muß die Bundesanstalt wegen mutwilliger Prozeßführung die Verfahrenskosten berappen. In Nürnberg hofft man darauf, daß die Blüm-Verordnung bald in Gesetzesform gegossen wird. Bis dahin sollen die rund 4000 Arbeitslosen, die wegen einer Kürzung ihrer Arbeitslosenhilfe geklagt haben, durch eine neue Taktik zum Aufgeben gebracht werden: Wenn sie sich auf einen gerichtlichen Vergleich einlassen, wird ihnen die bis Ende Dezember 1988 aufgelaufene Arbeitslosenhilfe nachträglich mitsamt den Prozeßkosten gezahlt.

Falsches Spiel

Der Spielbank-Skandal in Niedersachsen hat jetzt zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Branche geführt. Das nach dem Zusammenbruch 1987 verstaatlichte „Casino am Maschsee“ in Hannover ist zu einer besseren Automatenhalle verkommen. Der Ertrag bei den Tischspielen Roulette, Bakkarat und Black Jack ist drastisch gefallen: von gut 18

Mechtersheimers Traum

Das Grünen-MdB Alfred Mechtersheimer erhielt vorige Woche unerwarteten Zuspruch. Ein ehemaliger Parteifreund, CSU-Ortsvorsitzender aus dem bayrischen Alpenvorland, schrieb, er wolle in Mechtersheimers neuer Stiftung „gerne mitarbeiten“. Den Trost konnte der Oberstleutnant a. D. Mechtersheimer, 49, gut gebrauchen. Seit Ostersonntag muß er mit dem Vorwurf seiner jetzigen und früheren politischen Freunde leben, er lasse sich als Lobbyist für Libyens exzentrischen Oberst Muammar el-Gaddafi einspannen. Der Abgeordnete ist Mitglied des Stiftungsrates der „M.A.G.-Stiftung für Frieden und Solidarität“ mit Sitz in Liechtenstein. Das Gründungskapital von 200 000 US-Dollar stammt von der „Islamic Call Society“, die Mission für den Islam treibt und für Gaddafi Propagandamaterial verteilt.

Auch über eine zweite Stiftung, Sitz Genf, will Mechtersheimer mit Hilfe arabischer Geldgeber seinen „europäisch-arabischen Traum“ realisieren: Ara-



Mechtersheimer, Schily in Libyen (1982)